

Dr. Ilse Lauter, Linksfraktion im Leipziger Stadtrat

Rede zum Antrag „Beitritt zur Kampagne Vermögensteuer jetzt!“

Ratsversammlung am 17.10.2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren

Stadträte, liebe Gäste!

es lässt sich trefflich darüber streiten, ob es einer Kommune ansteht, einer Initiative wie “Vermögensteuer jetzt” beizutreten. Man kann zu der Meinung kommen, dass dies Sache der Parteien, Fraktionen oder Einzelpersonen ist.

Aber man kann sich auch fragen, wie man darauf aufmerksam machen kann, welche Finanznöte es auf der einen Seite gibt und welche Einnahmequellen auf der anderen Seite ungenutzt bleiben.

Und dann kommt man schon zu der Antwort, dass es auch als Kommune sinnvoll ist, der Initiative “Vermögensteuer jetzt” beizutreten.

Der Reichtumsbericht 2012 der Bundesregierung ist eine Aufforderung zum Handeln:

"Während das Nettovermögen des deutschen Staates zwischen 1992 und 2012 um über 800 Milliarden Euro zurückging, hat sich das Nettovermögen der

privaten Haushalte (von knapp 4,6) auf rund 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt."¹

Dabei vereinen "die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte über die Hälfte des gesamten Nettovermögens auf sich". Die untere Hälfte der Haushalte verfügt über nur gut ein Prozent des gesamten Nettovermögens.²

Soweit die Bundesregierung.

Was meinen die Deutschen zu dieser Entwicklung?

77 Prozent der Bundesbürger halten das für ungerecht und befürworten die Besteuerung großer Vermögen, quer durch alle politischen Lager. Lediglich 20 Prozent lehnen diese Steuer ab. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Forsa-Umfrage.³

Doch offenbar denkt die schwarz-gelbe Koalition gar nicht daran, dem Willen der übergroßen Mehrheit der Bundesbürger zu entsprechen. Und das wird sie auch nicht tun, solange die Bürger stillhalten oder ihren Unmut nur am Stammtisch und bei Umfragen ablassen.

Um dort den nötigen Druck zu machen, hat sich eine breite Initiative gegründet, parteiunabhängig, aus sozialen und kirchlichen Vereinen und Verbänden, mit Gewerkschaften.

¹ Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, zit. nach „Süddeutsche Zeitung“ vom 19.9.2012

² ebenda

³ So sind SPD-Anhänger genauso dafür (83 %) wie die Anhänger von CDU (65 %), FDP (73 %), Grünen (83 %), Linken (94 %) und Piraten (91 %).

Die Forderung der Initiative ist kurz und knapp: „*Vermögensteuer jetzt! Ich fordere, schnellstmöglich wieder eine Steuer auf große Vermögen in Deutschland einzuführen.*“⁴

Was hat das mit Leipzig zu tun?

Viele von Ihnen, sehr geehrte Stadträte, und auch Sie, Herr Oberbürgermeister, haben wie ich mit Anteilnahme dem Friedensgebet „Mut zur Alternative“ von Pfarrer Christian Führer am 9. Oktober in der Nikolaikirche gelauscht.

Pfarrer Führer bezog sich auf die Bergpredigt und Martin Luther, als er forderte:

„Teilen von Bildung, Arbeit, Einkommen und Wohlstand, in der der Mensch an erster Stelle steht, nicht Geld und Profit. Mit diesem neuen Denken für eine postkapitalistische Ökonomie sollten wir uns schon einmal vertraut machen.“⁵

Die Bundesvorsitzende der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung forderte "ein Ende des Raubtierkapitalismus, der ... die Schere zwischen Arm und Reich verschärft hat". Christen könnten die soziale Spaltung der Gesellschaft nicht hinnehmen.⁶ Die katholische Arbeitnehmerbewegung ist deshalb Teil der Kampagne „Vermögensteuer jetzt“, verehrte Vertreter der CDU.

⁴ Vgl. www.vermoegensteuerjetzt.de

⁵ „Mut zur Alternative!“ Friedensgebet am 9. Oktober 2012 in der Leipziger Nikolaikirche

⁶ Zit. nach Süddeutsche Zeitung vom 29.9.12, "Unsere Gesellschaft braucht keine Almosen von den Reichen, sondern die Politik muss endlich begreifen, dass auch die Superreichen ihren Anteil am Erhalt des Sozialstaates zu leisten haben", erklärte Sabine Schiedermaier, Bundesvorsitzende der KAB Deutschlands, zum Auftakt der Großkundgebung "UmFAIRteilen - Reichtum besteuern" auf dem Roncalliplatz in Köln.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in Ihrem Verwaltungsstandpunkt lehnen Sie den Beitritt zum Bündnis zwar nicht ab, aber werten den Beschlusspunkt 2 als „eskapistische Willensäußerung“. Das gilt es näher zu würdigen.

Als Eskapismus bezeichnet man die Flucht aus der realen Welt oder vor der realen Welt zugunsten einer Scheinwirklichkeit.

Ist es Realitätsflucht, wenn sich tausende Menschen mit ihrer Unterschrift für eine solche Steuer einsetzen? Ist es eine Scheinwirklichkeit, dass Ende September über 40.000 Menschen in vierzig Städten dafür auf die Straßen gingen? Ist es Flucht aus der realen Welt, wenn sich immer mehr Städte dem Bündnis anschließen? ⁷

Oder ist es nicht doch ein gangbarer Weg hin zu neuen Realitäten?

Und Sie wollen sich nicht auf diesen Weg begeben, Herr Oberbürgermeister, Sie, der Sie doch selbst für so manche Eskapade stehen?

⁷ **Marburg** (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25. Mai 2012), **Landkreis Gießen** (Beschluss des Kreistages vom 25. Juni 2012), **Göttingen** (Beschluss des Stadtrats vom 14. September 2012), **Duisburg** (Beschluss des Stadtrats vom 24. September 2012), **Kreis Groß-Gerau** (Beschluss des Kreistages vom 24. September 2012), **Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg** (Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung vom 26. September 2012), **Flensburg** (Beschluss der Ratsversammlung vom 27. September 2012), **Herne** (Beschluss des Stadtrats vom 02. Oktober 2012), **Iserlohn** (Beschluss des Stadtrats vom 10. Oktober 2012)

Um Ihnen auf diesem Weg entgegenzukommen, haben wir eine Neufassung von Beschlusspunkt 2 formuliert: **Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich im Deutschen Städtetag und anderen kommunalen Vertretungen für die Einführung einer Vermögenssteuer einzusetzen.** Wir fordern Sie also auf, Ihre kommunalpolitischen Spielräume zu nutzen. Das ist möglich, und da wären Sie auch nicht allein.

Dennoch:

Im nächsten Jahr kommt Frau Merkel nach Leipzig, um mit Ihnen gemeinsam 150 Jahre deutsche Sozialdemokratie zu feiern. Bei dieser Gelegenheit könnten Sie allerdings mit der Bundeskanzlerin über die Vermögenssteuer sprechen.

Und den 150. Geburtstag der Sozialdemokratie sollten Sie auch nutzen, um sich mit deren revolutionären, antikapitalistischen Wurzeln vertraut zu machen.

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, tragen wir das unsere dazu bei, dieser Bundesregierung Beine zu machen, damit Kommunen handlungsfähig bleiben, damit im Lande wieder ein Stückchen Gerechtigkeit einzieht.

Bitte unterstützen Sie unseren Antrag!

Der Antrag wurde mit 29 gegen 21 Stimmen bei einigen Enthaltungen angenommen. Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) stimmte dafür.